



# Brief aus Berlin



[www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de)



direkt gewählt - direkt erreichbar

6. Juli 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,  
liebe Leserin, lieber Leser,

am Ende dieser Woche verabschiedet sich der Bundestag in die Ferien - und auch ich gönne mir nun eine Auszeit und habe Urlaub - mit dem einen oder anderen Termin in Darmstadt. Meine Mitarbeiterinnen in Darmstadt und Berlin sind ebenfalls abwechselnd in Urlaub, wir haben aber sicher gestellt, dass Sie immer eine Ansprechpartnerin erreichen!

Die SPD-Fraktion startet nach der Sommerpause mit einer Fraktionsklausur in Magdeburg. Wir werden Anfang September das Programm für die zweite Jahreshälfte besprechen und den Fahrplan für unsere Arbeit festlegen.

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause beginnt am 13. September, dann gibt es den nächsten *Brief aus Berlin* zur Haushaltswoche des Bundestages.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie eine schöne Sommerzeit, erholen Sie sich gut, genießen Sie das tolle Wetter und das Fußball-Sommermärchen.

Ich würde mich freuen, wenn wir uns beim Wandern ab dem 13. August sehen - alle Infos zu den Tagestouren gibt es unter [www.brigitte-zypries.de](http://www.brigitte-zypries.de).

Herzliche Grüße von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

## Mein Berlin-Tipp:

### Topographie des Terrors

Mit über 500.000 Besuchern jährlich gehört die „Topographie des Terrors“ zu den meist besuchten Erinnerungsorten in Berlin. Seit Mai gibt es auf dem Gelände, wo sich während des „Dritten Reichs“ die Zentralen der Gestapo, der SS und des Reichssicherheitshauptamts befanden, ein neues Dokumentationszentrum. Auf dem Gelände und in den Ausstellungsräumen gibt es auf historischem Grund viele Informationen zum Terror-Regime der Nazis.

Geöffnet ist täglich von 10 bis 20 Uhr, der Eintritt ist frei. Mehr unter [www.topographie.de](http://www.topographie.de).



**Hinweis für die Urlaubszeit:**

**Telefonieren in der EU günstiger**

Für alle, die in einem europäischen Nachbarland Urlaub machen, wird Telefonieren mit dem Handy günstiger. Seit dem 1. Juli gilt: Der Preis pro Minute für abgehende Telefonate darf max. 46 Cent pro Minute (einschl. Mehrwertsteuer) betragen, eingehende Anrufe sind bei 18 Cent pro Minute gedeckelt. Eine SMS darf mit höchstens 13 Cent zu Buche schlagen. Außerdem gilt automatisch eine gesetzliche Kostenobergrenze von 50 Euro plus Mehrwertsteuer.

Mehr Informationen gibt es bei den Verbraucherberatungen ([www.verbraucherzentrale.de](http://www.verbraucherzentrale.de)) oder bei Ihrem Handy-Anbieter.

**Koalition setzt Kommunen immer weiter unter Druck**

Eine aktuelle Studie von Ernst&Young belegt: Jede dritte Kommune in Deutschland kann keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorlegen, 68 Prozent nannten ihre Finanzlage schlecht oder sehr schlecht. Viele Städte und Gemeinden müssen notgedrungen über Leistungskürzungen nachdenken. Vor allem in den Bereichen Straßenbeleuchtung (31 Prozent) und Jugend- und Seniorenbetreuung (29 Prozent) sind bei den befragten Kommunen Einsparungen geplant, auch werden zukünftig Schwimmbäder geschlossen (14 Prozent) oder Bürgerinnen und Bürger müssen mit Einschränkungen im Nahverkehr oder bei Kita-Öffnungszeiten rechnen (jeweils 11 Prozent).

Verschärft wird diese Situation in den Städten und Gemeinden durch die jüngsten Pläne der Bundesregierung, massiv im Bereich der Städtebauförderung zu kürzen: Die Mittel für Programme wie „Stadtumbau West“ oder „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ werden um die Hälfte auf 305 Mio. Euro in 2011 gekürzt. Empfindlich trifft dies auch das Programm „Soziale Stadt“. Der FDP war dies ohnehin ein Dorn im Auge - das Zitat eines FDP-Kollegen aus einer Debatte im März zeigt dies: „Wir wollen uns darauf konzentrieren, mit dem Programm „Soziale Stadt“ Investivmaßnahmen zu finanzieren. Die Zeit der nichtinvestiven Maßnahmen, zum Beispiel zur Errichtung von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund, ist vorbei, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gab es zu Zeiten einer anderen Koalition“.

Viele Projekte vor Ort werden durch die Sparmaßnahmen jetzt nicht zu Ende geführt und geplante können nicht begonnen werden. Schon jetzt erreichen uns die Hiobsbotschaften aus den Kommunen: Es wird nur noch das abgearbeitet, was vertraglich zugesichert ist.

Halbiert werden die Mittel auch beim CO2-Gebäudesanierungsprogramm, dem Erfolgsprogramm für den Klimaschutz und für den regionalen Mittelstand (jeder Euro aus den Fördermitteln löst acht Euro zusätzlich an öffentlichen und privaten Investitionen aus!). Es hilft Privatleuten genauso wie Kommunen, die ihren Wohnungsbestand energetisch sanieren und sichert Arbeitsplätze vor Ort. Das Sparpaket erweist sich so nicht nur als kommunalfeindlich, sondern auch als mittelstands- und handwerksfeindlich!



### Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an [brigitte.zypries@bundestag.de](mailto:brigitte.zypries@bundestag.de).

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Fotos:  
[aboutpixel](#)/Michael Stachurski (S. 2)  
[aboutpixel](#)/last zolex (S. 3)

### Reform der Rundfunkgebühren - mehr Transparenz und Gerechtigkeit

Vielleicht haben Sie es der Presse entnommen: Seit einigen Wochen wird über die Reform der Rundfunkgebührenordnung diskutiert - ein wichtiges Thema, sind doch (fast) alle von der GEZ betroffen. Oft steht die GEZ und vor allem deren Vorgehensweise bei den Kontrollen in den Wohnungen in der Kritik. Dabei ist klar: Ein leistungs- und zukunftsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist für eine freie Information und Meinungsbildung in einer demokratischen Öffentlichkeit unverzichtbar. Rundfunk - öffentlich-rechtlicher wie privater Rundfunk - hat nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine essentielle Funktion für die demokratische Ordnung.

Die Ministerpräsidenten der Länder, in deren Zuständigkeit die Neuordnung fällt, haben sich im Juni auf Eckpunkte für eine Neuordnung verständigt. Ziel der Reform ist es, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf eine in finanzieller und verfassungsrechtlicher Hinsicht dauerhaft tragfähige Grundlage zu stellen und das System der Gebührenordnung transparenter, gerechter und unbürokratischer zu gestalten. Im Kern ist ein Wechsel vom bisherigen Modell der geräteabhängigen Gebühr hin zu einem geräteunabhängigen Beitrag vorgesehen, der für jeden Haushalt und jede Betriebsstätte gelten soll. Der Vorschlag eines einheitlichen Beitrags geht davon aus, dass jeder Bürger und auch die Wirtschaft direkt oder indirekt vom Informationsangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten profitieren. Deshalb wird ein geräteunabhängiger Beitrag mit Beitragspflicht für jeden Haushalt und jede Betriebsstätte erhoben. Die Differenzierung zwischen Rundfunk- und Fernsehgebühr und damit zwischen TV, Radio, Handy und PC wird aufgegeben. Die Kontrollintensität der GEZ wird außerdem erheblich reduziert: Das Betreten der Wohnung ist nicht mehr erforderlich, weil nicht mehr überprüft werden muss, ob und wo ein Gerät bereitgehalten wird.

Der Vorschlag der Länder ist eine gute Grundlage für eine Reform der Rundfunkgebühren. Aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion ist bei der konkreten Ausgestaltung der Regelung wichtig, dass die einkommensabhängigen Befreiungstatbestände im privaten Bereich unverändert bleiben. Es muss für bestimmte „Härtefälle“ zusätzliche Befreiungsmöglichkeiten geben - dafür setzt sich die SPD ein!